HAVEL BRANDUNG

Ausgabe 3.2012

Die linke Zeitung
für das Havelland und Brandenburg an der Havel

Nicht Tiemann, sondern ein Team-Mann
Dr. Wolfgang Erlebach
Seite 5

Mehr Lebensqualität für den Nordwesten
Kirsten Tackmann
Seite 7

René Kretzschmar jetzt Landtagsabgeordneter!



Diana Golze als Direktkandidatin nominiert

Mit über 97 Prozent Unterstützung startet die Rathenowerin in den Bundestagswahlkampf



Bernd Riexinger und Stefan Ludwig gratulieren Diana Golze

Die Rathenower Bundestagsabgeordnete Diana Golze tritt zur Bundestagswahl 2013 erneut als Direktkandidatin im Wahlkreis 60 an, zu dem die Stadt Brandenburg an der Havel sowie Teile der Landkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland und Teltow-Fläming gehören. Auf einer Wahlkreisversammlung in Rathenow votierten 97,19 Prozent der 107 anwesenden Parteimitglieder, die teilweise mehrere Stunden Anfahrtsweg auf sich genommen hatten, für die 37-Jährige. Diana Golze ist seit 2005 Mitglied des Bundestages. In der Linksfraktion ist sie Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik und Leiterin des Arbeitskreises für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Gegenwärtig hat sie den Vorsitz der Kinderkommission des Deutschen Bundestages inne. Unter starkem Beifall der Anwesenden – darunter auch der Parteivorsitzende Bernd Riexinger – kündigte Diana Golze an, sie werde sich auch um die Spitzenkandidatur auf der Landesliste der brandenburgischen LINKEN zur Bundestagswahl bewerben. Für diese neue Herausforderung sei sie gut gewappnet. „Bei der vorigen Bundestagswahl kandidierte bekanntlich der SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier im selben Wahlkreis. Mehr an Konkurrenz geht auch diesmal nicht“, so Diana Golze.

Neben Bernd Riexinger und Stefan Ludwig, Landesvorsitzender der LINKEN Brandenburg, unterstützte auch Christian Görke die Kandidatur von Diana Golze ausdrücklich. Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag kommentierte in der Versammlung das Zusammenwirken der linken Parlamentarier zwischen Bundes- und Landesebene: „Wir weisen nicht nur auf Probleme hin, sondern lösen sie auch auf der Ebene, auf der wir regieren.“ Als Beispiel verwies er auf die Finanzierung des Landesjugendplans. „Unter der SPD-CDU-Regierung sank die Unterstützung des Landes für Maßnahmen des Jugendplans von 13 Millionen Euro im Jahr 2002 auf 9,9 Millionen Euro im Jahr 2009. Seit Eintritt der LINKEN in die Landesregierung werden die Mittel für den Landesjugendplan wieder erhöht. Für den Doppelhaushalt 2013/2014 sind jährlich 12,25 Millionen Euro vorgesehen.“

In ihrer Bewerbungsrede benannte Diana Golze Ziele, für die sie sich im Bundestag weiterhin stark machen möchte. „Kinderrechte gehören in das Grundgesetz“, so die Mutter von zwei Kindern. Das sei wichtig, weil Kinder keine große Lobby haben. Auch den Kampf gegen Kinderarmut werde sie fortsetzen: „Kinder sind keine kleinen Arbeitslosen.“ Damit kritisierte sie die Systematik von Hartz IV, wonach hilfebedürftige Kinder zu den Bedarfsgemeinschaften von ALG-II-Empfängern gerechnet werden: „Angemessen ist eine eigenständige Grundsicherung für Kinder.“ Eine weitere Forderung, für die Diana Golze im kommenden Wahlkampf werben will, ist die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns. Sie erinnerte daran, dass die PDS die erste Partei war, die sich für den Mindestlohn eingesetzt hat. „Inzwischen gibt es dafür eine gesellschaftliche Mehrheit, aber leider noch keine parlamentarische. Das wollen wir ändern“, so Diana Golze.

Anschließend ging sie sachkundig und – bei aller Bescheidenheit im Auftreten – doch leidenschaftlich auf die Anfragen und Kommentare aus dem Plenum ein. Gerade durch diese Sachkunde habe sie sich im Bundestag Respekt und Anerkennung erworben, lobte Riexinger, der die Versammlung mit einer zündenden Rede bereicherte. „Seit Katja Kipping und Bernd Riexinger den Vorsitz der LINKEN übernommen haben, hat sich das Klima auch in der Bundestagsfraktion deutlich verbessert – das macht mir zusätzlich Mut“, gab Diana Golze das Kompliment zurück.

F. Hübner

+++ René Kretzschmar jetzt Landtagsabgeordneter +++

Kolumne

Fordern Sie uns auch im neuen Jahr!



Hendrik Öchsle, Kreisvorsitzender DIE LINKE Havelland

Für DIE LINKE war 2012 kein einfaches Jahr. Doch die personellen Weichenstellungen auf dem Bundesparteitag in Göttingen haben dazu beigetragen, dass DIE LINKE auf Bundesebene zum Ende dieses Jahres besser dasteht als zum Jahresbeginn. Deutschland benötigt auch künftig eine starke Linke. Die Herausforderungen sind groß. Guter Lohn für gute Arbeit, eine armutsfeste Rente, ein bezahlbares Gesundheitssystem und gute Bildung von Anfang an für alle sind Ziele, für die DIE LINKE auch im kommenden Jahr wirbt. Mit den Bundestagsabgeordneten Diana Golze (Wahlkreis 60) und Dr. Kirsten Tackmann (Wahlkreis 56) hat DIE LINKE in der Region zwei Persönlichkeiten als Direktkandidatinnen nominiert, die um die jeweiligen Direktmandate zur Bundestagswahl 2013 kämpfen. Mit diesem personellen Angebot sind wir ... *Fortsetzung Seite2*

Wie geht linke Finanzpolitik?

Mit Daniela Trochowski, Staatssekretärin im Finanzministerium des Landes Brandenburg, die seit kurzem zum Kreisverband der LINKEN in Brandenburg/H. gehört, sprach die Redaktion der Havelbrandung.

HB: Den LINKEN wurde ja lange Zeit in Sachen Finanzpolitik nachgesagt, dass sie nur eines können: eine bessere Finanzausstattung zu fordern, ohne zu fragen, wo das Geld denn herkomme. Inzwischen machen die LINKEN in Brandenburg Finanzpolitik. Welchen Ruf haben sie sich erworben?

D.T.: Wir haben 2009 mit dem ersten und einzigen Finanzminister der LINKEN deutschlandweit politisches Neuland betreten. Ich glaube, wir haben seitdem unter Beweis gestellt, dass wir in der Lage sind, eine konsolidierende Haushalts- und Finanzpolitik zu betreiben und dabei Lösungen für soziale Probleme zu finden. Wir arbeiten darauf hin, die jährliche Neuverschuldung kontinuierlich abzubauen. Für das Jahr 2014 wurde erstmals ein Haushaltsplan ohne neue Schuldenaufnahme vorgelegt. Gleichzeitig haben wir z. B. seit 2009 kontinuierlich mehr Geld in den Bildungs- und Hochschulbereich eingestellt



Daniela Trochowski

und den Finanzausgleich für die Kommunen verbessert.

HB: In Zeiten knapper Kassen wird gern zuerst bei Otto Normalverbraucher und bei den Sozialleistungen gespart. Konnte man sich in Brandenburg diesem Trend zumindest in Teilbereichen entgegenstemmen?

D.T.: Unbedingt! Dass die soziale Frage auch angesichts knapper Kassen im Zentrum unseres politischen Denkens und Handelns steht, wird zum Beispiel beim Vergabegesetz für öffentliche Aufträge mit einer Lohnuntergrenze, an Schulen und KiTas sowie beim Schüler-BaföG deutlich. Wir haben Bildung als erste Priorität gesetzt und das zahlt sich inzwischen auch praktisch aus. Wir blicken aber eben auch auf die Einnahmeseite – haben z. B. die Grunderwerbssteuer angehoben, um ein Mehr in den Kassen zu haben. Haushaltspolitik unter den Bedingungen zurückgehender finanzieller Mittel wollten wir mit sozialem Augenmaß gestalten; das ist uns meines Erachtens gelungen.

HB: Wenn die finanziellen Mittel nicht reichen, rufen die Kommunen gern nach dem Land und das Land ruft gern nach dem Bund. Wie realistisch sind solche Hoffnungen, die „nächsthöhere Ebene" möge es richten?

D.T.: Wir kennen die schwierige finanzielle Lage, in der sich ein Teil der Kommunen befindet. Deshalb haben wir – obwohl das Land selbst in einer finanziell angespannten Situation ist – mit dem Finanzausgleichsgesetz 2013/2014 einen Gesetzentwurf vorgelegt, von dem die Kommunen noch einmal profitieren. Bereits 2013 werden ihnen 20 Millionen Euro mehr zufließen. Dazu kommen jährlich bis 2016 weitere 10 Millionen Euro mehr, so dass den Kommunen dann jährlich 50 Millionen Euro mehr zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Möglichkeiten des Landes, eine Verbesserung seiner Einnahmen zu erreichen, sind hingegen sehr begrenzt. Mit unseren Forderungen, wie der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer oder der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, machen wir deshalb Druck im Bundesrat.

HB: Auf welche Maßnahmen der letzten Jahre, die Ihr Ministerium durchsetzen konnte, sind Sie besonders stolz?

D.T.: Ein großer Erfolg war, dass wir erstmals seit vielen Jahren wieder mit der Ausbildung junger Menschen für die Finanzverwaltung begonnen haben. Aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und der dadurch notwendigen Anpassung der Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst war hierfür eine große Kraftanstrengung notwendig.

HB: Für eine Staatssekretärin sind Sie noch recht jung. Wie kommt man zu diesem Job und wie kommt man mit der Arbeitsbelastung zurecht?

D.T.: Ich bin, als es an Personalentscheidungen ging, angesprochen worden, ob ich mir diesen Job vorstellen könne. Natürlich konnte ich – ich habe seit 1996 in der Finanz- und Steuerpolitik der PDS und der LINKEN gearbeitet. Die Arbeitsbelastung ist immens, die Erwartungen sind hoch, aber Fakt ist: Man wächst mit jeder neuen Herausforderung. Was die Belastung angeht – da hilft mir immer noch, den Stress „wegzurennen". Ich bin regelmäßig bei Halb- oder Staffelmarathonläufen dabei.

Dr. U. Sändig

Kolumne

Fordern Sie uns auch im neuen Jahr!

Fortsetzung von Seite 1

in der Region bestens aufgestellt und brauchen die politische Konkurrenz nicht zu fürchten.

Politik ist kein Selbstzweck – auch diese Erfahrung hat sich für DIE LINKE im zu Ende gehenden Jahr bestätigt. Die Wählerinnen und Wähler wollen eine LINKE, die sich um die grundlegenden Probleme in der Gesellschaft kümmert und praktikable Lösungen vorschlägt. Eine LINKE, die sich nur mit sich selbst befasst, wäre entbehrlich.

Auf Landesebene hat auch das zurückliegende Jahr gezeigt, dass es richtig war, dass DIE LINKE seit 2009 Regierungsverantwortung übernimmt. Inzwischen wurde schon ein Großteil des Koalitionsvertrages von SPD und LINKEN realisiert.

Fordern Sie uns auch im neuen Jahr! Bringen Sie sich beispielsweise aktiv in unsere Leitbild-Debatte 2020 ein. Doch erst einmal genießen Sie eine besinnliche Weihnachtszeit und kommen Sie gesund und stressfrei ins neue Jahr. *H. Öchsle Kreisvorsitzender DIE LINKE Havelland*

Eine anstrengende Zeit für die LINKEN in der SVV

Stadt leidet unter mangelnder Finanzausstattung durch Bund und Land

Die anstehenden Haushaltsberatungen für 2013 werfen ihre Schatten voraus. Damit man die Beratungen dann auch mit der notwendigen Fachlichkeit und Gründlichkeit führen kann, war es notwendig, im Vorfeld einigen Druck von diesen zu nehmen. Dazu gehört der Beschluss aus der November-Stadtverordnetenversammlung zu den Kassenkrediten. Durch die Zustimmung der LINKEN zur Erhöhung der Kassenkredite wurde die Zahlungsfähigkeit der Stadt abgesichert. Dies war ein notwendiger Schritt, da die Stadt seit Jahren unter der mangelnden Finanzausstattung aus dem Bund und dem Land leidet.

Die rot-rote Landesregierung hat mit der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden um 15,4 Mio. Euro für das Jahr 2013 einen Schritt in die richtige Richtung getan. Auch Brandenburg an der Havel wird davon profitieren. Anders sieht es mit den Auswirkungen der Bundesgesetze auf unsere Stadt aus. Durch die Aufgabenverlagerung des Bundes auf die Kommunen und die unzureichende Finanzdeckung dieser Aufgaben sorgt die Bundespolitik stetig dafür, dass Brandenburg an der Havel sich nicht aus eigener Kraft aus der finanzpolitischen Misere befreien kann. In der Stadtverordnetenversammlung liegt es dann besonders an den LINKEN, dass dies nicht zu einem Kahlschlag in den freiwillig finanzierten Maßnahmen des Haushalts führt. So konnten wir in der letzten SVV die Verwaltung zur Rücknahme der Vorlage zum Stadtmuseum bewegen und damit die Festschreibung der Verringerung des Angebotes verhindern. Jetzt ist es notwendig, durch eine konzeptionelle Neuaufstellung und eine notwendige Attraktivitätssteigerung das Museum grundlegend umzugestalten und damit seine Zukunft zu sichern.



René Kretzschmar

Auf die Fraktion der LINKEN kommt mit den anstehenden Haushaltsberatungen eine anstrengende Zeit zu, in der es darum gehen wird, die wichtigen Aufgaben der Stadt durch eine ausreichende Finanzierung aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite darf aber auch der Sparwille nicht aus den Augen verloren werden.

R. Kretzschmar, MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV Brandenburg/Havel

PRO und KONTRA
Brauchen wir die Geheimdienste?

Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten!

Chance zum Umbau der Sicherheitsarchitektur nutzen

PRO

Immer wenn Behörden versagen, kommt fast reflexhaft die Forderung nach deren Abschaffung bzw. Auflösung. Viele Bürger sind schockiert über die Pannen bei der Aufklärung der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Und als die Zelle sich quasi selbst vernichtete, ging die Pleiten-Serie weiter: Akten-Schredderei, fragwürdige V-Mann-Aktionen und gegenseitige Schuldzuweisungen folgten. Da kann das Vertrauen in unseren Rechtsstaat leicht abhanden kommen oder zumindest der Eindruck entstehen, dass die zuständigen Organe auf dem rechten Auge blind oder wenigstens kurzsichtig sind. Rechtfertigen nun die Geschehnisse, die Sicherheitsdienste grundsätzlich abzuschaffen? Ich sage: Nein, aber ...

Nach wie vor ist unser Rechtsstaat bedroht durch Extremismus von rechts und von links, aber auch durch religiös motivierte Gewalt. Eine Abschaffung des Verfassungsschutzes würde bedeuten, dass die Polizei geheimdienstliche Aufgaben übernimmt. Das kommt aber wohl nicht ernsthaft in Frage. Darüber hinaus sind auch positive Ergebnisse bei der Arbeit des Verfassungsschutzes festzustellen. Aus der letzten Zeit kann verwiesen werden auf:

- die Verhinderung des geplanten Neonazi-Anschlags von München,
- das Verbot des rechtsextremen Netzwerks Blood & Honour,
- die Verhinderung von 6 schweren Anschlägen von Islamisten.



Herbert Novotny

Einen Verfassungsschutz halte ich unter den derzeitigen Bedingungen zum Schutz unserer Freiheitlich-demokratischen Grundordnung für unverzichtbar. Allerdings sollte jetzt die Chance genutzt und die Sicherheitsarchitektur so umgebaut werden, dass vergleichbare Vorgänge wie die NSU-Morde weitestgehend ausgeschlossen werden können. Dazu gehört, dass die föderale Struktur der Geheimdienste in Frage gestellt und die parlamentarische Kontrolle effektiver gestaltet wird. Auch die V-Leute-Problematik muss in diesem Zusammenhang im Blick bleiben. Letztlich kann doch noch ein Geheimdienst abgeschafft werden – der Militärische Abschirmdienst (MAD). Die Aufgaben des MAD können auch auf andere Dienste übertragen werden.

Der NSU-Untersuchungsausschuss bietet eine gute Voraussetzung, um den Umbau der Sicherheitsarchitektur voran zu bringen. Kurzfristig geht es dabei aber auch darum, das Vertrauen in den Rechtstaat wiederherzustellen. *H. Nowotny, Kreis- und Fraktionsvorsitzender der FDP Brandenburg/Havel*

Kein Wort pro „Verfassungsschutz“ trägt

Passen Ämter für Verfassungsschutz zum Geist des Grundgesetzes?

KONTRA

Gutgläubige erklären gern: Der Verfassungsschutz ist kein Geheim-, sondern lediglich ein Nachrichtendienst. Er sei als politisches Frühwarnsystem unverzichtbar. Außerdem würden die Ämter für Verfassungsschutz demokratisch kontrolliert. Derartige Märchen sind durch das Grundgesetz als Meinungsfreiheit gedeckt. So soll es auch sein. Nur werden sie deshalb nicht wahrer. Häufig sind sogar Lug und Trug im Spiel.

So auch bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes. In allen Parlamenten gibt es dafür Gremien. Ihre Mitglieder werden vergattert. Das, was sie mitbekommen, müssen sie schweigend mit ins Grab nehmen. Und was sie überhaupt erfahren, bestimmt allein der Geheimdienst. Der große Rest fällt unter „Quellenschutz“. So werden aus aufklärenden Parlamentariern stumme Komplizen gemacht. Ebenso gruselig ist die Mär von der unverzichtbaren Frühwarnung. Seit Monaten versuchen wir Licht ins Dunkel der NSU-Nazi-Mordserie zu bringen. Zwölf Jahre lang zog ein Trio mordend und raubend durch Deutschland, unerkannt und unbehelligt. Das war ein Skandal, lautet die offizielle Version. Man muss allerdings viele Fragezeichen übersehen, um ihr arglos zu folgen.

Fakt ist: Der Verfassungsschutz hat nie früh gewarnt, wohl aber Spuren verwischt, auch noch, nachdem der NSU-Skandal aufgeflogen war. Zufall? Panne? Wohl kaum! Verbrieft ist, dass via Verfassungsschutz zahlreiche militante Nazis gedeckt wurden und zahllose Euro in die Nazi-Szene geflossen sind. Der angeblich „Unverzichtbare“ agierte de facto als Gönner und Schutzengel. Ohne V-Leute, wird



Petra Pau

beteuert, könne man nicht wissen, was die rechtsextreme Szene vorhabe, und sie folglich nicht bekämpfen. Das klingt logisch, aber nur scheinbar. Denn V-Leute sind keine netten Informanten. Sie sind vom Staat gekaufte Spitzel und bezahlte Täter. Sie müssen sich, um als Mitwisser „brauchbar“ zu sein, als aktive Nazis rassistisch und militant hochdienen.

Bevor wir als Bundestagsausschuss in die eigentlichen Untersuchungen zur NSU-Mordserie einstiegen, hatten wir eine Expertenanhörung zur Entwicklung der Nazi-Szene in Deutschland seit 1970. Nach dem Vortrag der Journalistin Andrea Röpcke bedankte sich mein CDU-Kollege: So eine profunde Übersicht hätte er gern mal von den Sicherheitsbehörden gehört. Er ist von Beruf übrigens ein engagierter Kriminalist.

Grundsätzlich sind die Ämter für Verfassungsschutz sogar verfassungsfremd. Sie passen nicht zum Geist des Grundgesetzes. Sie schnüffeln im rechtsfreien Raum, meist mit politischem Kalkül.

Sie jagen nicht Täter, denn dafür ist allein die Polizei zuständig. Sie sanktionieren vielmehr Haltungen, sie zensieren Meinungen, sie brandmarken Andersdenkende. Damit stehen sie im Widerspruch zu Artikel 5 Grundgesetz, zur verbrieften Meinungsfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Deshalb plädiere ich bürgerrechtlich dafür, den Verfassungsschutz als Geheimdienst endlich abzuschaffen. Ein Sicherheitsverlust wäre das nicht, wohl aber ein Demokratiegewinn.

P. Pau

DIE LINKE, MdB, Vizepräsidentin des Bundestages, Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages

Kommt jetzt die Rente mit 60?

Bevölkerungsentwicklung geht kontinuiertlich „aufwärts“

Wir haben es gelernt: „Wir Deutschen“ werden immer weniger und deshalb müssen unsere Renten sinken und für sie muss immer länger gearbeitet werden. Schon ist ein allgemeiner Bezugsbeginn mit 70 im Gespräch.
Seit dem Jahr 2000 bekommen wir vom Statistischen Bundesamt alle drei Jahre die Diagnose präsentiert, dass in der Bundesrepublik jedes Jahr im Schnitt eine Viertel Million Menschen weniger leben und noch weniger arbeiten werden. Zuletzt geschah dies im November 2009 für den Zeitraum bis zum Jahr 2060. Vor wenigen Wochen war diese „demografische Katastrophe“ Grundlage eines innenpolitischen Gipfels. Ja, wir haben kapiert: Es kann die Produktivität und es können die Löhne steigen, es können mehr Menschen Arbeit finden – egal, die Renten werden sinken, denn zu wenige Junge können die vielen Alten nun mal nicht besser ernähren!
Oder doch? Seit dem Mai letzten Jahres geht es mit der Bevölkerungsentwicklung Monat für Monat kontinuierlich aufwärts. Aktuell – so schätzen nun die Bundesstatistiker – leben in Deutschland wieder 82 Millionen Menschen. Was ist passiert? Ganz entgegen den so zwingend erscheinenden Vorausberechnungen des letzten Jahrzehnts wandern so viele Menschen ein, dass der „Sterbeüberschuss“ mehr als ausgeglichen wird. Und es sind in drei von vier Fällen Menschen aus anderen europäischen Regionen und sie sind überwiegend jung und gut ausgebildet. Wird es so bleiben? Das kann keiner wissen. Aber diese Wanderbewegungen innerhalb der Europäischen Union mit ihrer Freizügigkeit für die Bürgerinnen und Bürger waren doch eigentlich vorhersehbar. Warum sollte Deutschland keine Menschen anziehen, die den Fachkräftemangel hierzulande als ihre Chance begreifen? Von dieser „Völkerwanderung“ abgehalten wären unsere Nachbarn nur dann, wenn sie eine ähnliche ökonomische Katastrophe wie derzeit in Griechenland, Spanien usw. befürchten müssten.
Nähmen die Auguren der „demografischen Katastrophe“ ihre Prognosen ernst, dann könnten sie jetzt beginnen, über die Rente mit 60 nachzudenken.
R. Scholz

Kinderkrankheiten oder klassischer Fehlstart?

Zur Gründung des Klinikums Westbrandenburg



Das Städtische Klinikum

Das Überleben der Krankenhäuser wird nicht einfacher, wenn 2013 im Land Brandenburg das Krankenhausentwicklungsgesetz geändert wird. Die wichtigste Veränderung betrifft die finanziellen Zuschüsse des Landes. Hatte es bisher für Baumaßnahmen Einzelfördermittelbescheide gegeben, so wird künftig nur noch eine Investitionspauschale ausgereicht. Das bedeutet, dass Krankenhäuser diese Pauschale ansparen müssen, wenn sie größere Investitionen tätigen wollen. Zum Beispiel hätte das Städtische Klinikum Brandenburg für den letzten Bauabschnitt 35 Jahre sparen müssen ...
Außerdem wird 2014 der Krankenhausplan fortgeschrieben. Dabei gilt die Aussage der Landesregierung, dass kein Krankenhaus aus dem Plan genommen wird, im Gegenteil, es wird sogar ein neues Krankenhaus gegründet und in den Landeskrankenhausplan aufgenommen, und zwar schon im kommenden Jahr. In die Neugründung werden zunächst die beiden Kinderkliniken Potsdam und Brandenburg eingegliedert. Notwendig – so die Geschäftsführungen beider Häuser – wurde eine GmbH-Gründung, weil kein Krankenhaus im Land die Mindestmenge von 30 Frühgeborenen bis 1250g erreicht. Diese Menge fordert der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), ein Gremium, das in Richtlinien den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für mehr als 70 Millionen Versicherte festlegt.
Allerdings bezieht sich die betreffende Richtlinie auf e i n e n Krankenhausstandort – die GmbH wird aber z w e i Standorte haben. Viele Beschäftigte befürchten nun, dass mit dieser Konstruktion das Sozialgesetzbuch umgangen werden soll. Sie sehen die Gefahr, in der GmbH schlechter gestellt zu sein als die KollegInnen im Stammhaus. Um dies zu verhindern, gab es mindestens zwei Wege: eine Betriebsvereinbarung oder einen Überleitungstarifvertrag. Letzterer wäre die bessere Lösung gewesen, weil sie nicht auf das Wohlwollen der Geschäftsführungen angewiesen wäre. Leider haben die Brandenburger Kommunalpolitiker den schlechteren Weg beschlossen – und zwar im Gegensatz zu den Potsdamern. Damit ist eine Gleichbehandlung aller Beschäftigten akut gefährdet. Die Mitglieder der Brandenburger SVV müssen sich nun fragen lassen, warum sie sich nicht für eine konsequente Absicherung der Beschäftigten stark gemacht haben.
A. Kutsche

Gefahren totgeschwiegen

Käufliche Wissenschaft



Auch Diana Golze und und Dr. Kirsten Tackmann (beide MdB DIE LINKE; vorn von links nach rechts) lauschen den Worten des Filmemachers Bertram Verhaag

Ungefähr 50 Leute nahmen die Einladung der Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann und Diana Golze (beide DIE LINKE) wahr, um einen Film über die Probleme käuflicher Wissenschaft zu sehen. Großkonzerne gewinnen über Spenden und projektgebundene Gelder, genannt „Drittmittel“, einen massiven Einfluss auf die Geschehnisse an den Hochschulen.
Zum Beispiel investierte der Ölkonzern BP 500 Millionen Dollar an der Universität Berkeley, um sich exklusiv die neusten Forschungsergebnisse zu sichern. Ein Wissenschaftler, der dazu kritische Nachfragen stellte, wurde mehrfach der Hochschule verwiesen und konnte seine Habilitation erst nach Klageandrohung realisieren. Seine Studierenden protestierten gegen die Abholzung wertvoller, uralter Bäume auf dem Uni-Gelände, indem sie wochenlang darauf campierten. Die Bäume sollten einem streng geheimen Laborkomplex weichen. Die Polizei zermürbte die Protestler mit Schlaf- und Nahrungsentzug, bis sie aufgaben. Mittlerweile werden auf dem von hohen Mauern umgebenen Gelände ominöse Forschungsvorhaben realisiert. In Großbritannien wurden Wissenschaftler, die abweichende Lehrmeinungen vertraten, gefeuert und mit einem Maulkorberlass auf Lebenszeit belegt oder mit gut dotierten Arbeitsverträgen ruhiggestellt.
Um welche Forschungen genau ging es in dem Film von Bertram Verhaag? Nein, nicht um Militärgeheimnisse oder Industriepatente, sondern um gentechnisch veränderte Nahrungsmittel. Die wenigen kritischen Wissenschaftler, die vor den möglichen Folgen des Verzehrs solcher Nahrungsmittel warnen, haben allen Grund dazu: Sie konnten bei Versuchstieren z. B. eine massive Veränderung innerer Organe feststellen und sind auf Indizien gestoßen, die eine Schädigung von Neugeborenen, das Entstehen völlig neuer Allergien und Krankheiten sowie ein Schwächung des Immunsystems nahe legen. Ihre unbequemen Erkenntnisse werden aber unterdrückt bzw. totgeschwiegen.
Der beeindruckende Film hat einmal mehr meine Überzeugung bestärkt, dass die Profitinteressen des Kapitals nicht weiterhin die Forschung dominieren dürfen. Um dies zu erreichen, ist eine nachhaltige Ausfinanzierung der Hochschulen nötig, die Drittmittelprojekte letztlich überflüssig macht. Außerdem eine zeitnahe und vollständige Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die Einrichtung von „Hochschulleaks“, um Fehlentwicklungen gefahrlos publizieren zu können, ein paritätisches Mitbestimmungsrecht vom Studi bis zum Prof in allen Belangen der Hochschule und natürlich auch ein generelles Verbot von gentechnisch veränderten Lebensmitteln.
Ch. Kühnl

„Nicht Tiemann, sondern ein Team-Mann“

Dr. Wolfgang Erlebach auf Gesamtmitgliederversammlung vorgestellt

So stellt man sich eine lebendige Parteiversammlung vor: beseelt vom ehrlichen Ringen um tragfähige Lösungen und wenn’s sein muss fliegen auch mal die Fetzen. Vor allem darf das Gewicht des Amtes nicht das Gewicht der Argumente ersetzen. Klingt simpel, aber so klingt das sprichwörtlich „Einfache, das schwer zu machen ist“ ja meistens.

Die Gesamtmitgliederversammlung (GMV) der LINKEN in Brandenburg/Havel am 10.11.12 kam dieser Wunschvorstellung streckenweise recht nahe – im Gegensatz zu früheren Zusammenkünften, wo oft die gute alte „Parteidisziplin“ überwog und Konflikte nicht offen ausgetragen wurden. Diesmal ging es um viel: um ein gemeinsames Positionspapier mit der CDU und um die Frage, ob die Linke den seit längerem verwaisten Posten eines Sozialbeigeordneten besetzen sollte. Nein, es ging um mehr: Würde ein thematisch und zeitlich begrenztes Zweckbündnis mit der CDU die Glaubwürdigkeit der LINKEN beschädigen? Zumal die CDU ihre Bereitschaft, einen linken Sozialbeigeordneten zu tolerieren, an die Bedingung knüpfte, dass die LINKE im Gegenzug die anstehende Wiederwahl des Baubeigeordneten Brandt (CDU) nicht behinderte. Nein, es ging um noch mehr: Was wird mit den linken Idealen, wie sie im Parteiprogramm verankert sind, wenn mit einer Partei kooperiert wird, die den Neoliberalismus und die Anbetung von Markt und Wirtschaftsmacht auf ihre Fahnen geschrieben hat?

„Mit dem Teufel darf man sich nicht einlassen!“, konstatierten gleich mehrere Genossen. „Die Linke soll nicht zwei Gesichter haben; Realpolitik und die Vision von einer besseren Gesellschaft schließen einander aus“, stellte Heike Jacobs fest. „Sobald Brandt wiedergewählt ist, ist der Rest des Positionspapiers für die OB Makulatur“, befürchtete Heidi Hauffe. „Wenn ich mir die jüngsten Abstimmungsergebnisse in der SVV ansehe, speziell die geschlossene Stimmenthaltung der CDU in punkto Personalabsicherung bei der Umstrukturierung des Klinikums, dann kann ich die Zusammenarbeit mit dieser Partei nur ablehnen“, stellte Andreas Kutsche klar.

Wie mittlerweile bekannt, überwogen aber letztlich doch die Stimmen der Befürworter des Projekts. Birgit Patz, die als Parteilose für die LINKE in der SVV sitzt und in zweiter Amtszeit ehrenamtlich den Sozialausschuss leitet, wünschte sich mehr Unterstützung für ihren schwierigen Job: Die Sozialbeigeordneten-Stelle müsse endlich wieder besetzt werden. Ihre Erfahrungen fasste sie mit den Worten zusammen: „Kommunalpolitik ist ohne Kompromisse und pragmatische Entscheidungen nicht denkbar.“ Für vertretbare Kompromisse und ihre Chancen im kommunalpolitischen Geschäft plädierte auch René Kretzschmar. Und Andreas Martin konstatierte: „Das Papier ist ein pragmatisches Papier, aber es trägt zu großen Teilen die Handschrift der LINKEN.“ Diese Einschätzung wurde von Elke Kroll bekräftigt, die die Sondierungsgespräche mit der CDU zusammen mit Lutz Krakau angeführt hatte und nun an ihrem Text die markierten, will heißen: die von der CDU eingebrachten oder ergänzten Passagen zeigte – das waren nicht so viele. Robert Scholz, neu zugezogen in die Havelstadt, war überzeugt: „Wenn man dem Papier ein Manko nachsagen kann, so besteht es darin, dass nicht genügend Maßnahmen enthalten sind, um die Brandenburg-Interessierten aus dem Speckgürtel zu umwerben.“ Mehrere Redner hinterfragten den Vorwurf, die Linke mache sich in Sachen Sparwillen unglaubwürdig, wenn sie die Wiederbesetzung der teuren Beigeordnetenstelle betreibe. „Wer so argumentiert“, war zu hören, „geht auf Dummenfang und weiß es eigentlich besser. Wenn die Stelle weiter unbesetzt bleibt, müssen zusätzliche Verwaltungskräfte eingestellt werden, die in der Summe mindestens genauso teuer sind.“ Dr. Uta Sändig fragte: „Was spricht eigentlich dagegen, dass eine Partei, die mit dem Slogan ‚Original sozial’ wirbt, den Posten eines Sozialbeigeordneten stellt, wenn sich die Möglichkeit bietet?“ Und Elli Scholz bekundete ihren Meinungswandel: „Ich war skeptisch, solange ich mich in den Reihen der Brandenburger LINKEN nach einem geeigneten Sozialbeigeordneten umsah. Aber nachdem ich die Bewerbung von Dr. Wolfgang Erlebach studiert und ihn persönlich kennen gelernt hatte, war ich überzeugt: Wir haben eine reale Chance.“

Erlebach, der sich der GMV vorstellte, gewann die Herzen der Havelstädter LINKEN spätestens mit dem Satz: „Ich bin nicht Tiemann, sondern ein Team-Mann.“ Seine Kandidatur wurde von über 90 % der Teilnehmenden unterstützt.

Aber machen wir uns nichts vor: Dies ist erst der Anfang eines schwierigen und risikoreichen Weges, und ob es uns gelingt, über den LINKEN Sozialbeigeordneten mehr soziale Gerechtigkeit in Brandenburg/Havel durchzusetzen, hängt vor allem auch davon ab, wie konsequent und beharrlich möglichst viele ehrenamtliche Mitstreiter das Projekt befördern. Packen wir`s an.

Dr. U. Sändig



Dr. Wolfgang Erlebach (DIE LINKE) bei seiner Vorstellung auf der Gesamtmitgliederversammlung am 10.11.2012

Sandy wütete auch in Kuba



Das zerstörte Wohnhaus eines Rinderzüchters im Cuba Si – Milchprojekt Yateras in der Provinz Guantánamo

Nicht nur in den USA hat „Sandy“ sein zerstörerisches Werk vollbracht – auch in Kuba hat dieser Hurrikan Schäden in Milliardenhöhe angerichtet: Über 200 000 Häuser, Betriebe der Landwirtschaft und Industrie, Tourismuseinrichtungen, Krankenhäuser und Schulen wurden beschädigt oder zerstört. Elf Menschen kamen ums Leben. Betroffen ist vor allem die Stadt und Provinz Santiago de Cuba; die Auswirkungen sind aber auch in den benachbarten Provinzen Guantánamo und Holguín zu spüren. Auch die Landwirtschaftsprojekte von Cuba Sí in Guantánamo sind betroffen. Zerstört wurden 80 Milchviehstallungen und Dutzende Wohnhäuser der Landarbeiter. Allein 12 000 Quadratmeter Dachfläche hat der Sturm hinweggefegt, darunter die Dächer zweier Grundschulen in den von Cuba Sí unterstützten Gemeinden. Zudem wurden unzählige Anpflanzungen von Obst, Gemüse, Kaffee und Futtermitteln vernichtet – 100 000 Hektar in der ganzen Provinz. Durch diese immensen Schäden ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Milch und anderen Lebensmitteln derzeit nicht gewährleistet – dies betrifft u. a. auch rund 7 500 Kinder in unserem Projektgebiet.

Cuba Sí ruft alle Kubafreunde auf, ihre Spenden an folgende Adresse zu richten:

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand:

DIE LINKE/Cuba Sí, Konto-Nr.: 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00. Bitte unbedingt den Verwendungszweck angeben: „Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“.

Danke! *J. Rückmann/Cuba Sí*

Abriss von Gebäuden unvermeidlich

Bevölkerungsrückgang schmälert Etat

Unsere kleine Fraktion – zwei von 16 Abgeordneten – agiert als aktiver und geachteter Teil der Stadtverordnetenversammlung Friesack, vor allem durch ihre sachlichen Stellungnahmen und konstruktiven Fragen. Es geht bei unserer Arbeit vorrangig darum, die Vorschläge und Sorgen der Bürger aufzugreifen und in gestaltende Kommunalpolitik umzusetzen. Zwar haben wir einige positive Ergebnisse erreichen können, wie die vollständige Sanierung der Alten Schule, den Neubau des Fußwegs Kleßener Straße sowie die Wiederherstellung des Hohenzollernparks, doch das ist nicht immer einfach.

So nimmt auch in unserem Städtchen die Bevölkerungszahl ab. Lebten 1992 noch rund 2900 Menschen in Friesack, so sind es jetzt noch knapp 2500. Das wirkt sich nicht nur auf den Stadtetat durch die geringeren Schlüsselzuweisungen aus, die auf Basis der Einwohnerzahl berechnet werden, sondern hat auch zur Folge, dass Häuser leer stehen und verfallen. So beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit unserer Zustimmung kürzlich, im kommenden Jahr etliche Gebäude abreißen zu lassen. Keinem Stadtverordneten ist dieser Beschluss leicht gefallen.

Neben vielen Dingen, die wir mit auf den Weg bringen konnten, gibt es auch Vorhaben, die wir noch nicht umsetzen konnten. Aber wir legen die Hände nicht in den Schoß. Gemeinsam mit den anderen Stadtverordneten werden wir auch im neuen Jahr für ein Friesack arbeiten, in dem es sich gut leben und wohnen lässt.



Dr. Karl-Heinz Kühnau, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Friesack

Energieautonomie angestrebt

Schwerpunkte der Linksfraktion Schönwalde

Im kommenden Jahr wird die Linksfraktion in der Gemeindevertretung Schönwalde die Jugendarbeit konstruktiv begleiten. Weiterhin setzen wir uns kontinuierlich dafür ein, dass die Gebühren sozialverträglich bleiben. Eine weitere Herausforderung ist auch in Schönwalde der demografische Wandel. Dieser Prozess muss mit konkreten Maßnahmen gestaltet werden. Daran wirkt DIE LINKE mit. Im Bereich des sozial-ökologischen Energieumbaus regt die Linksfraktion an, für Schönwalde das Konzept einer sich energetisch selbstversorgenden Gemeinde nach dem Vorbild von Feldheim zu entwickeln und umzusetzen. An beiden Schulen der Gemeinde unterstützen wir den inklusiven Ansatz.



Ingeburg Behrendt Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Schönwalde

Bildung und Energie

Schwerpunkte der Linksfraktion in der SVV Nauen für 2013

Das Jahr 2013 wird in der Nauener SVV das Jahr der Bildung und der Energie. Bereits 2011 haben wir auf Initiative unserer Fraktion einen Runden Tisch zum Bildungsstandort Nauen durchgeführt. Dabei kristallisierten sich folgende Schwerpunkte heraus: Erweiterung des Gymnasiums Nauen, Auszug des OSZ aus dem Standort Kreuztaler Straße und Neubau einer Grundschule. Seitdem hat die Verwaltung gearbeitet und auch mit dem Landkreis Verhandlungen geführt. Nun ist es an uns, aber auch an unserer Fraktion im havelländischen Kreistag, in den entsprechenden Gremien die Empfehlungen des Runden Tisches umzusetzen. Gerade was den Neubau einer Grundschule betrifft, steht die Stadt vor immensen finanziellen Herausforderungen.

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Energieversorgung bzw. deren Rekommunalisierung. Die SVV Nauen hat auf unseren Antrag hin im Oktober 2012 beschlossen, einen entsprechenden Ausschuss einzusetzen, der Anfang 2013 seine Arbeit aufnehmen wird.

Am 20. April 2013 wird in Nauen wieder ein Fest der Toleranz stattfinden. Dort wollen wir gemeinsam mit den Nauener Bürgern und allen demokratischen Parteien und Organisationen ein Zeichen setzen, dass für die NPD und rechtsradikales Gedankengut kein Platz in unserer Stadt ist.

Auch im nächsten Jahr wollen wir auf unserer Homepage (www.dielinke-nauen.de) und in unserer Geschäftsstelle in der Nauener Marktstraße alle Interessierten über unsere Aktivitäten informieren. Natürlich bieten wir auch eine Sprechstunde an: Sie findet jeden 1. Samstag im Monat von 9.00 bis 11.00 Uhr statt.



Susanne Schwanke-Lück Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Nauen

Gemeinschaftlich, umweltbewusst & wirtschaftlich sinnvoll

Schwerpunkte der Linksfraktion Wustermark für 2013

Für 2013 hat sich die LINKE in Wustermark wieder viel vorgenommen. In einem breiten Diskussionsprozess, in den auch die anderen Fraktionen und die Gemeindeverwaltung einbezogen werden, wollen wir ein Leitbild für Wustermark erarbeiten. Wenn sich alle damit identifizieren können, dann werden Streitereien versachlicht und fundierte Entscheidungen zum Wohle der Gemeinde getroffen.

Besondere Anstrengungen wollen wir weiterhin auf den Schuldenabbau verwenden. Dies schaffen wir vor allem, indem wir die Einnahmesituation der Gemeinde verbessern. Praktisch heißt das eine noch bessere Vermarktung und vor allem Weiterentwicklung des GVZ, verstärkte Anstrengungen, um den Hafen endlich nutzbar und rentabel zu machen, und eine zur Region passende Urbanisierung der dafür vorgesehenen Flächen. Dabei ist uns wichtig, dass jede Weiterentwicklung den Gegebenheiten der einzelnen Wohngebiete und Ortsteile angepasst wird. Umweltorientierte, ländlich geprägte und wirtschaftlich sinnvolle Aspekte haben für uns einen hohen Stellenwert. Für eine zu enge, buchstäblich nicht in die Landschaft passende und den sozialen Frieden gefährdende Wohn- und Einzelhandelsbebauung sind wir nicht zu haben. Es geht uns um regionale Wirtschaftskreisläufe, die die Umwelt schonen, Arbeitsplätze sichern und für Steuereinnahmen sorgen. Diese müssen 2013 schwerpunktmäßig in die Grundschule Wustermark fließen! Anstatt der anvisierten 380.000 Euro müssen wir es schaffen, mindestens 500.000 Euro bereitzustellen, um die lange geplanten Umbaumaßnahmen an der Grundschule zu finanzieren. Außerdem setzen wir uns auch weiterhin für die Internetversorgung in Priort ein. Ein gutes Internet sorgt nicht nur für Lebensqualität, sondern ist heute auch Voraussetzung für Bildung und Arbeit!

Leider waren wir mit unserer Forderung nach Modernisierung der Eisenbahnersiedlung Elstal bisher nicht erfolgreich. Alle unsere Vorschläge wurden, meist aus Geldmangel, zu den Akten gelegt. Wir werden deshalb weiterhin öffentlichen Druck aufbauen, um den Eigentümer zum Handeln zu animieren.



Tobias Bank Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Wustermark

Jugend, Kultur und Verwaltungsmodernisierung

Ziele der Linksfraktion in der SVV Rathenow

Auch im kommenden Jahr wird die Linksfraktion in der SVV Rathenow die Arbeit der Stadtverwaltung konstruktiv und kritisch begleiten. Bei der in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchung für die Stadtverwaltung werden wir darauf achten, dass nach Auswertung der Untersuchungsergebnisse effiziente und bürgerfreundliche Verwaltungsstrukturen realisiert werden. In diesem Zusammenhang werden wir die Stadtverwaltung beauftragen, weitere konkrete Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu prüfen.

Auch 2013 wird die Linksfraktion darauf hinwirken, dass notwendige Sanierungsmaßnahmen in den städtischen Kitas und Schulen trotz angespannter Haushaltslage vorgenommen werden. Des Weiteren werden wir prüfen, ob sich die Stadt Rathenow um das UNICEF-Zertifikat „Kindgerechte Stadt“ bewerben soll.

Unser Ideenpapier zum Klimaschutz werden wir in die entsprechenden Gremien der Stadt einspeisen und uns an der Erarbeitung eines Klimaschutz-Konzeptes aktiv beteiligen.

Mit der Grundsteinlegung der BUGA-Brücke kurz vor Weihnachten beginnt die intensive Vorbereitungsphase der Bundesgartenschau 2015. Wir werden diesen Prozess in den Gremien der SVV begleiten.

Ein weiterer Punkt aus unserem Kommunalwahlprogramm, das wir im neuen Jahr in Angriff nehmen werden, ist die Erarbeitung eines Kulturkonzeptes für die Stadt Rathenow.

Und natürlich stehen die Abgeordneten der Linksfraktion Ihnen auch 2013 für Fragen, Anregungen und Probleme gern zur Verfügung. Wir werden unsere Vor-Ort-Beratungen in den Ortsteilen fortsetzen und werden im Frühjahr zuerst in Steckelsdorf vor Ort sein.



Daniel Golze
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV Rathenow

Soziale Infrastruktur erhalten

Vorhaben für 2013 der LINKEN in der SVV Premnitz



Harald Schönfeld Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Premnitz

In der kommunalpolitischen Arbeit legen wir unser Augenmerk im kommenden Jahr darauf, die freiwilligen Ausgaben trotz knapper Kassen auf hohem Niveau zu erhalten. Das heißt, unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dem Umbau des Fit Point. Die wirtschaftliche und technische Situation des Gesundheitszentrums Premnitz bereitet uns nach wie vor große Sorgen, so dass wir alle Maßnahmen zu dessen Erhalt unterstützen werden. Auch der Erhalt der vorhandenen sozialen Infrastruktur – Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Kultur- und Gemeindehäuser – gehört zu den zentralen Aufgaben.

Unter Berücksichtigung der Kommunalfinanzen werden wir die BUGA -Vorbereitungen weiter konstruktiv und kritisch begleiten.

Die Linksfraktion fördert die bevorstehende Modernisierung der kommunalen Verwaltungsstruktur mit dem Ziel einer größeren Leistungsfähigkeit und des Ausbaus der Serviceangebote für die Bürger. Auch die Bemühungen und Initiativen für weitere Ansiedlungen im Industriepark Premnitz werden von uns unterstützt.

Das kommende Jahr steht politisch im Zeichen der Bundestagswahl. Wir stehen natürlich hinter unserer Direktkandidatin Diana Golze und geben ihr Rückhalt beim Wahlkampf vor Ort. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 werden wir mit interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch suchen. Unser Ziel ist es, in diesem Zusammenhang neue Gesichter für die Mitgliedschaft in unserer Partei bzw. für die Kandidatur zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Premnitz sowie für die Ortsbeiräte Döberitz und Mögelin zu finden.

H. Schönfeld
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV Premnitz

Lebensqualität für den Nordwesten

Kirsten Tackmann als Direktkandidatin nominiert

Die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann kandidiert im kommenden Jahr erneut als Direktkandidatin der LINKEN zur Bundestagswahl. Auf einer Wahlkreisversammlung in Kyritz wurde die 52-Jährige mit großer Mehrheit für den Bundestagswahlkreis 56 (Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und die Ämter Friesack und Rhinow des Landkreises Havelland) nominiert. 87 Mitglieder nahmen an der Wahlkreisversammlung teil; davon votierten 85 für Kirsten Tackmann.

Christian Görke, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, würdigte die Bodenständigkeit und das Engagement der Bundestagsabgeordneten für die Region. So gehörte Kirsten Tackmann zu den Aktivisten im Kampf gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide. Und auch jüngst, als die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit sich von einer Zusage der Vorgänger-Regierung verabschiedete, in Neuruppin eine Außenstelle des Bundesinstituts für Risikoforschung zu errichten, kritisierte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN die Entscheidung scharf. Ursprünglich war diese Standortentscheidung als Kompensation für den Wegzug des Friedrich-Loeffler-Instituts aus Wusterhausen zum Ende 2013 auf die Insel Riems gedacht.

Kirsten Tackmann möchte im bevorstehenden Wahlkampf mit einem Forderungskatalog für die Region werben. Das Papier trägt den Titel „Elf Punkte für mehr Lebensqualität im Brandenburger Nordwesten“. Darin heißt es u.a.: „Viele leben gern in den Dörfern und kleinen Städten unserer Region. Sie messen Lebensqualität in anderen Kategorien als in Potsdam oder Berlin. Sie wollen nicht die gleichen, aber sie brauchen gleichwertige Lebensbedingungen. Neben existenzsichernden Einkommen gehören als Anker in den ländlichen Räumen Bildung und Kultur, Mobilität, Gesundheitsversorgung sowie Kommunikation dazu.“

In der Auseinandersetzung um das Direktmandat im Wahlkreis 56 wird Kirsten Tackmann erneut auf die SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Ziegler treffen. Bei der Bundestagswahl 2009 unterlag die Linkspolitikerin ihrer sozialdemokratischen Kontrahentin nur knapp mit 30,8 zu 32,1 Prozent der Erststimmen.

F. Hübner



Christian Görke, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg (l.) und Hendrik Öchsle, Kreisvorsitzender der LINKEN im Havelland (Bildmitte), gratulieren Kirsten Tackmann zur Nominierung als Direktkandidatin.

Linkspolitiker lasen vor

Diana Golze und Christian Görke beteiligten sich am bundesweiten Vorlesetag



Diana Golze las in der Rathenower Stadtbibliothek

Am 16. November 2012 fand der 9. bundesweite Vorlesetag statt. Überall in Deutschland wurde vorgelesen. Im Havelland beteiligten sich u.a. die Bundestagsabgeordnete Diana Golze und ihr Landtagskollege Christian Görke (beide DIE LINKE) am Aktionstag, um Mädchen und Jungen für das Lesen zu begeistern.

Christian Görke stellte Zweitklässlern der Grundschule „Geschwister-Scholl“ in der havelländischen Kreisstadt das bekannte Kinderbuch „Das kleine Gespenst“ vor. Mit dem „Kleinen Gespenst“ hat Kinderbuch-Erfolgsautor Ottfried Preußler schon viele Generationen lesehungriger Kinder erfreut. Das Buch erschien im Jahr 1966 und wurde inzwischen in 32 Sprachen übersetzt. Auch die Mädchen und Jungen der zweiten Klassen hörten aufmerksam zu, welche Abenteuer das „Kleine Gespenst“ in der Stadt Eulenberg erlebte. Für das kommende Frühjahr lud der gelernte Lehrer die Zweitklässler zu einem Besuch im Landtag ein. Neben der Besichtigung des Landtagsgebäudes soll auch eine Lesestunde auf dem Programm stehen. Dann allerdings wollen die Mädchen und Jungen dem Parlamentarier aus ihren Lieblingsbüchern vorlesen.

Die Bundestagsabgeordnete Diana Golze las – wie bereits in den Vorjahren – in der Rathenower Stadtbibliothek. Verkleidet als „Frau Holle“ las sie 48 Grundschülern und Kita-Kindern aus dem Buch „Kotzmotz der Zauberer“ vor. Die Kinder waren begeistert und hörten aufmerksam zu.

F. Hübner



Christian Görke im Kreise interessierter Zuhörer

Mehr Realitätssinn für Schloss Ribbeck

Kreistagsfraktion DIE LINKE kritisiert „einsame Entscheidungen“ des Landrats

Die Schloss Ribbeck GmbH als 100prozentige Gesellschaft des Landkreises Havelland ist angeschlagen. Nachdem Landrat Dr. Burkhard Schröder zunächst den Geschäftsführer Friedrich Höricke abgesetzt hatte, entließ der neue Geschäftsführer Robert Cardeneo Anfang Dezember vier weitere der ehemals zwölf Mitarbeiter. Betroffen sind u. a. drei Mitarbeiterinnen, die den Kulturbetrieb in Schloss Ribbeck organisiert haben.

Zur aktuellen Situation erklärt Harald Petzold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Havelland: „Die GmbH befindet sich in schwierigem Fahrwasser. Jetzt versucht der Landrat im Hau-Ruck-Verfahren, seine ambitionierten Pläne vom touristischen Leuchtturm im Havelland mit Hilfe eines Vertrauten und ausgewiesenen Verwaltungsfachmanns umzusetzen. Mag



Harald Petzold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Havelland

sein, dass dieser Schritt und die ersten Entscheidungen des neuen Geschäftsführers aus verschiedenen Gründen unvermeidbar gewesen sind. Die Art und Weise ihrer Umsetzung sowie der Führungsstil des Neuen sind aber höchst kritikwürdig, auch wenn sie nicht überraschen: Einsame Entscheidungen bis hin zur Selbstherrlichkeit sind leider Stil der Verwaltungsspitze im Havelland. Der Landrat setzt ein und der Landrat entlässt. Und ebenso sein Intimus.“

DIE LINKE im Kreistag Havelland hat den Landrat zum wiederholten Male zu mehr Realitätssinn sowie zu einem offeneren Umgang aufgefordert. „Der im vergangenen Jahr begonnene Diskussionsprozess mit den Fraktionen im Kreistag muss wiederbelebt und um kulturell Engagierte erweitert werden. Wir bieten unsere Mitwirkung erneut an. Darüber hinaus muss sich das Schloss als öffentlich finanzierte Kultureinrichtung weiter und noch viel stärker der Öffentlichkeit öffnen. Unsere diesbezüglichen Vorschläge, z. B. in Richtung Kinder und Jugendliche oder Sozialticket, halten wir aufrecht. Das gastronomische Angebot sollte weiter an unterschiedliche Besuchergruppen angepasst werden und nicht nur ein Preissegment bedienen. Allein mit Entlassungen zu arbeiten und den Kulturbetrieb still zu legen, wird das Schloss nicht weiter nach vorn bringen. Allen Beteiligten sollte klar sein: Kultur für das Allgemeinwohl ist keine Profitquelle. Zuschüsse sind notwendig, wenn man Qualität und Inhalte anbieten und ihre Unabhängigkeit grundsätzlich sichern will. Wer das in Frage stellt, wird auch den vierten Geschäftsführer von Schloss Ribbeck schnell scheitern lassen und die Gesellschaft zu Tode sparen“, so Harald Petzold.

F. Hübner

Krisen schaffen mit deutschen Waffen

Frieden ist nicht nur kostbar, sondern auch kostspielig

Otto Reutter reimte vor nunmehr fast 100 Jahren: „Ick wundere mir über jarnischt mehr...“ Hatte er etwa schon eine Merkel-Vorahnung?
Da gab doch neulich Steffen Seibert, die regierungsamtliche Merkel-Trompete, die Versicherung ab, bei den Rüstungsexporten gehe es „nie um kommerzielle, sondern einzig um sicherheitspolitische Interessen“. Na gut, Versicherungen, das kennt man ja, haben schon immer stark gesei(b)ert. Nun lässt sich schwer sagen, unter welcher Art geistiger Inkontinenz Herr Seibert und seine Chefin leiden könnten, aber ein bisschen leid dürfen sie uns doch auch tun, oder? Denn in einem Punkt kann man ganz sicher sein: Die Friedenskanzlerin will nur das Beste für ihr Volk, zu dem ja schließlich auch die Vorstände unserer Waffenschmieden von Rheinmetall & Co gehören.
Und man darf bei der Merkelschen Politik natürlich nie ihre DDR-Erblast der geheuchelten Friedfertigkeit aus dem Auge verlieren. Wahrscheinlich ist sogar das Lied von der weißen Friedenstaube, das Klein- Angela in ihren Jungpionier-Tagen geträllert haben mag, Schuld an allem! „Fliege übers große Wasser, über Berg und Tal; bringe allen Menschen Frieden, grüß sie tausendmal...“ – „Glänzende Idee, Frau Bundesadler“, meinten daraufhin die Herren der Rüstungsfirma Diehl und schlugen sogleich vor, die Form der für den Afghanistan-Einsatz zu entwickelnden Drohnen diesem süßen, weißen Vogel nachempfinden zu wollen. Und „tausendmal“ sei als Mengenoption auch o.k., man brauche ja Planungssicherheit. Frieden ist schließlich nicht nur kostbar, sondern auch kostspielig.
Wenn wir Deutschen schon nicht überall auf der Welt persönlich mit dem Palmwedel für Harmonie und Glückseligkeit sorgen können, müssen das eben auch mal die Drohnen oder die Kampfpanzer „Leopard 2“ für uns übernehmen. Wobei auf die persönliche Anwesenheit von Deutschen zumindest in den Panzern nicht verzichtet werden kann – soviel Opferbereitschaft sollte doch wohl drin sein. Die Söhne der Vorstandsvorsitzenden und Firmenchefs der Rüstungsbetriebe sind allerdings in den Panzern noch nicht gesichtet worden; die sparen sich wohl für wichtigere Aufgaben auf.
Übrigens: Nach Liechtenstein haben wir 2011 nur für 0,12 Millionen Euro Waffen geliefert – viel, viel weniger als Schwarzgeld!
Ha.-Jo. Laß

Ungefiltert und direkt

Regionalkonferenz der LINKEN in Potsdam



Alle vier Minister der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg informierten über ihre Tätigkeit vor dem Auditorium der Regionalkonferenz in Potsdam

Wann wird endlich der Verfassungsschutz abgeschafft? Ist es tatsächlich nötig, neue Kohlekraftwerke zu erschließen? Wie läuft das Modellprojekt Bereitschaftspraxis? Welche Kosten entstehen Brandenburg durch die Verzögerung bei der Inbetriebnahme des Großflughafens BER? Warum erhalten die Landesbeamten kein Weihnachtsgeld? Das waren einige der vielen Fragen, die auf der jüngsten Regionalkonferenz der LINKEN für den Bereich Westbrandenburg gestellt und beantwortet wurden. Das Nichtalltägliche bei dieser Veranstaltungsreihe ist, dass jedermann seine Fragen ungefiltert und direkt an die Ministerriege der brandenburgischen LINKEN stellen kann und umgehend eine Antwort von den vier linken Ressortchefs erhält. Keine Redaktion wählt die Fragen aus. Kein Referent arbeitet den Antwort-Entwurf zu. Unmittelbarer kann der Dialog zwischen Bürger und Regierung nicht sein. Bürger fragt – Minister antwortet bzw. Bürger trägt sein Anliegen vor – Minister hört zu. Diese Form der direkten Kommunikation ist zu einem Markenzeichen der regierenden LINKEN in Brandenburg geworden. Die jeweils vier Regionalkonferenzen finden zweimal jährlich statt und bieten die Möglichkeit zur Information aus erster Hand. Freilich können auch in direkter Frage und Antwort nicht alle Probleme gelöst und alle Bürgerwünsche erfüllt werden. Doch die Praxis zeigt, dass der direkte Dialog zumeist sachlicher und unaufgeregter erfolgt als in der medialen Politikberichterstattung. Das ist gleichermaßen ein Gewinn für die beteiligten Bürger und Politiker. Und auch Sie, verehrte Leserinnen und Leser, sind herzlich eingeladen, die kommenden Regionalkonferenzen der LINKEN mit Ihren Fragen und Meinungsäußerungen zu bereichern! *F. Hübner*

Das Team der
Havelbrandung
wünscht Ihnen ein
besinnliches
Weihnachtsfest &
einen guten Start in das
Jahr 2013!

Baby Sorglos
Wir wünschen ein schönes Weihnachtsfest im Kreise der Familie und ein glückliches und gesundes neues Jahr!
www.baby-sorglos.de
Gesundheit – Sicherheit – Verantwortung

Ein bisschen Extra-Senf

Hallo Leute,

jetzt wird ja immer behauptet – Stichwort Finanzkrise –, wir hätten über unsere Verhältnisse jelebt. Bei dieser Rede jeht mir regelrecht der Hut hoch. Dit heißt, falls ick mal einen Hut trage, dann jeht mir der natürlich nich hoch, weil ick ihn in mein Haarkunstwerk integriert habe – jelernt is jelernt.
Um dit ein für allemal klarzustellen: Ick als kleine Friseurin ohne Größenwahn habe nicht über meine Verhältnisse jelebt. Ick nehme sogar meinen Dispokredit höchstens ausnahmsweise mal in Anspruch. Und ick kann mir auch nicht vorstellen, dass meine griechischen Schwestern von der frisierenden Zunft über ihre Verhältnisse jelebt haben, und auch die Verkäuferinnen und Krankenschwestern dieser Welt nicht. Über ihre Verhältnisse jelebt haben janz andere – zum Beispiel Leute, die den janzen Tag nichts anderes tun als Aktien von einem Stapel auf'n andern zu verschieben, in der begründeten Hoffnung, dass



der Teufel wie immer auf den größten Haufen sch... – Pardon, Sprichwort von meine Oma. Und wenn der Teufel da mal nicht hinsch..., also auf ihren großen Haufen – na ja, dann besinnen sich diese Spezialisten auf`n anderes Sprichwort (auch von meine Oma): Kleinvieh macht ooch Mist. Und mit Kleinvieh sind solche wie ick jemeint. Und wir solln dann unser bisschen Mist, sprich: Jeld, rüberreichen, weil wir angeblich über „unsere" Verhältnisse jelebt haben. Wenn dit kein Betrug ist! Einer nackten Frau in die Tasche zu greifen. Apropos nackt: Sehn wir uns Silvester beim Eisbaden? Vielleicht kommt ja endlich ooch mal die OB vorbei, die sonst auf jede Hochzeit tanzt. Aber die hat, glaub ick, sogar nackt noch diverse gefüllte Taschen an sich. Na denn, auf ein Neues.

Eure Bella Branne

„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich"

Jeder Fünfte ist in Deutschland von Armut betroffen

Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen etwa zwei Drittel des Gesamtvermögens der BRD; ganze 0,1 Prozent davon verfügen über sagenhafte zwei Billionen Euro; ihr Vermögen ist trotz weltweiter Bankenkrise stetig weiter gewachsen. Zu diesen Superreichen gehören u.a. die Familie Quandt und der Lebensmitteldiscounter Aldi.
Neoliberale Lobbyisten begründen die Logik dieser Verteilung mit der Dropping-down-Theorie: Je mehr Reiche es gebe, desto mehr tröpfele auch bis zur Allgemeinheit herunter. Aber bis auf ganz wenige Ausnahmen haben sich deutsche Superreiche bislang wenig spendabel gezeigt, von fragwürdigen Zahlungen an die etablierten Parteien, genannt „Landschaftspflege", einmal abgesehen. Trotzdem hat sich laut einer Studie das Nettovermögen westdeutscher Haushalte erhöht, im Durchschnitt auf etwas 132.000 Euro; einen Teil davon machen Immobilien aus, meist das eigene Häuschen. Im Osten beläuft sich dieses Vermögen allerdings lediglich auf 55.000 Euro.
Während die Reichen in diesem Land weiter Geld scheffeln, das sie zum Leben nie und nimmer brauchen, ist jeder Fünfte, also etwa 16 Millionen Menschen, von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen, mehrheitlich im

Armer Mann und reicher Mann standden da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich."
Bertolt Brecht

Osten. Selbst der Mittelstand bekommt zunehmend die Auswirkungen der Krise zu spüren und muss sich in vielen Fällen zu den Verlierern rechnen. Fünf Prozent der Bevölkerung, mehr Frauen als Männer, sind so arm, dass sie erhebliche materielle Entbehrungen hinnehmen müssen. Die Studie hält überdies 9 Prozent für armutsgefährdet; das sind jene, die Sozialleistungen zur Sicherung des Existenzminimums beziehen müssen. Altersarmut sei insbesondere in Ostdeutschland vorprogrammiert, und zwar wegen der hohen Arbeitslosenquote, niedrigerer Löhne und Renten und einer zunehmenden Anzahl von Hartz-IV-Empfängern.
Da im nächsten Jahr Bundestagswahlen sind, haben fast alle Parteien plötzlich ihre soziale Ader entdeckt – und plagiieren quasi die vor Jahren eingereichten, aber mehrheitlich abgelehnten Anträge der LINKEN zu vielen sozialen Problemen. Sie machen den gesetzlichen Mindestlohn, die Notwendigkeit von Rentenerhöhungen und, und, und... zu ihrem Thema. Doch die LINKEN können mit Fug und Recht sagen: Wir sind das Original.
W. Weise

Überleben im Provinzdschungel

Antifaschistische Bildungswochen in Brandenburg

Gruselige Naziaufmärsche, (neo-)nazistische Propaganda im Stadtbild und alltäglicher Rassismus – Situationen, mit denen sich viele junge Havelstädter_innen nicht abfinden wollen. Aus diesem Grund gründeten einige von ihnen vor wenigen Monaten innerhalb des überregionalen Bündnisses „Antifaschistisches Netzwerk Brandenburg–Premnitz–Rathenow" (AFN) die „Brandenburger Antifa" (BAF). Vom 18. 09. bis 09.11. veranstaltete die BAF interessante, abwechslungsreiche und der Form nach in der Havelstadt bisher einzigartige Antifaschistische Bildungswochen im Haus der Offiziere (HdO).
Mit finanzieller Unterstützung u. a. durch DIE LINKE, die Linksjugend [‚solid] und den Asta der FH Brandenburg gelang es der BAF, sich gemeinsam mit ihren Gästen in vielfältiger Art und Weise mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander zu setzen. Bei Vorträgen, Diskussionen, Workshops und Filmabenden thematisierten sie zum Beispiel den Widerstand im Nationalsozialismus, den Rassismus á la Sarrazin und die (neo-)nazistischen Strukturen im Land Brandenburg. Darüber hinaus konnten sich Interessierte mit der Verschlüsselung ihrer Emails beschäftigen, an einer Fahrt ins ehemalige KZ Auschwitz teilnehmen und unter Anleitung ein leckeres veganes 3-Gänge-Menü zubereiten. Ein Höhepunkt war sicherlich die Gesprächsrunde mit Bärbel Schindler-Saefkow, der Tochter des im September 1944 im Zuchthaus Görden von den Nazis ermordeten antifaschistischen Widerstandskämpfers Anton Saefkow. Einen gelungen Abschluss bildete das Konzert am 09. November im HdO.



Gedenken anlässlich der Antifaschistische Bildungswochen. R. Schulze – ein neues Opfer von Neonazigewalt in Lehnin.

Die Eintrittsgelder werden zum einen für eine Gedenktafel für den 1992 durch (Neo-)Nazis ermordeten Rolf Schulze in Lehnin und zum anderen für Antirepressionskosten verwendet.
Der Kampf der LINKEN gegen (Neo-)Nazis in unserer Stadt kann nur im gemeinsamen Agieren mit anderen emanzipatorischen Kräften erfolgreich sein. Bündnisse wie „Dresden nazifrei" sollten auch in Brandenburg als Vorbild dienen, sich mit friedlichen Massenblockaden der braunen Menschenverachtung entgegenzustellen.
D. Herzog

Nägel mit Köpfen machen

Ein Porträt von und mit Matthias Pietschmann



Für das Interview treffe ich heute den 56-jährigen Geschäftsführer der Märkischen Projektentwicklungsgesellschaft mbH (MPE) Matthias Pietschmann. Der umtriebige Dipl.-Ing. für Baukonstruktionen hat mal wieder wenig Zeit. „Komm zur Sache“, raunt er mir zu.

Havelbrandung: Du bist als Parteiloser seit der Kommunalwahl 2008 in der SVV. Wer auf der Homepage der LINKEN deine Ziele für diese Legislaturperiode liest, kann leicht erkennen, dass im Mittelpunkt aller deiner Ansinnen Menschen mit Behinderungen stehen. Da erübrigt sich beinahe meine Frage, welcher deiner beiden Ausschüsse für dich der wichtigere ist.

M. Pietschmann: Mein zentrales politisches Ziel ist, mich für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben einzusetzen. Dabei spielt der Bereich Gesundheit, Soziales und Senioren eine besonders wichtige Rolle. Dazu gehören eine umfassende Förderung im Kindesalter, faire Ausbildungs- und Berufschancen und ein lebenswertes Rentenalter. Es geht um Arbeit, die sich lohnt. Dabei ist ein Mindestlohn zwischen 8,50 und 9,00 Euro für mich eine Bedingung, die wir gemeinsam, beginnend im Bund über die Länder bis hin zu den Kommunen ohne Wenn und Aber zu erfüllen haben. Dazu müssen nicht unbedingt mehr finanzielle Mittel locker gemacht werden, sondern die vorhandenen Mittel müssen verändert eingesetzt und damit gerechter verteilt werden. Mir ist bewusst, dass das zu verteilende Geld irgendwoher kommen muss. Als Selbstständiger habe ich die Praxis jeden Tag vor Augen. Es ist gut, dass DIE LINKE in unserem Land Verantwortung übernommen hat. Nur im wirklichen Leben kann man Erfahrungen sammeln. Es lohnt sich nicht, Träumen hinterherzulaufen, wenn man sie am Ende nicht umsetzen kann.

Havelbrandung: Welche Ziele verfolgst du im Hauptausschuss und im Aufsichtsrat der Städtischen Werke Brandenburg?

M. Pietschmann: Der Hauptausschuss ist ein „ Beschließender Ausschuss“. Das bedeutet, hier werden Arbeitsaufträge, Entwicklungsziele, wirtschaftliches Vorgehen und Leitungsprozesse für die Stadtverwaltung, für Unternehmen der Stadt und für Bürger verabschiedet. Damit hat man als Mitglied des Hauptausschusses die gesamte Bandbreite kommunalpolitischen Handelns auf der Tagesordnung.

Ich selbst habe seit meiner Kindheit gern Verantwortung übernommen und war stets ehrenamtlich tätig. Gern bringe ich mich mit meinem Wissen und meinen Erfahrungen ein, um Entscheidungen für die Zukunft voranzubringen. Dafür sind die Tätigkeiten im Hauptausschuss, in der SVV und im Aufsichtsrat genau die richtigen Orte. An erster Stelle steht für mich ein sozial ausgewogenes Handeln im Interesse der Politik der LINKEN und im Auftrag der Wähler, für deren Vertrauen ich mich besonders bedanken möchte.

Havelbrandung: Du bist verheiratet und hast zwei Töchter, die nicht unterschiedlicher sein könnten. Während das Leben der einen vom Down-Syndrom gekennzeichnet ist, war die andere schon Brandenburgs Havelkönigin. Wer dich kennt, weiß, dass du immer „Nägel mit Köpfen“ machst. Du bist im Ehrenamt Erster Vorsitzender der „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Brandenburg/Havelland-Fläming e.V.“. Wie bringst du alle diese Tätigkeiten unter einen Hut und hast du überhaupt noch Zeit für ein Hobby?

M. Pietschmann: Meine privaten Aktivitäten haben sich natürlich mit dieser aktiven politischen Arbeit etwas verschoben – oder sagen wir, die Zeitplanung ist seit vier Jahren noch wichtiger geworden. Ich sehe dies aber nicht als Problem an, da ich meine berufliche Tätigkeit sehr gut mit den ehrenamtlichen Inhalten verknüpfen kann. Durch politische Arbeit steigt auch immer das Verständnis für gesamtgesellschaftliche Prozesse. Man ist viel schneller über sich verändernde Bedingungen, Gesetze usw. informiert, das hilft auch im beruflichen Leben.

Leider kommt der Sport momentan etwas zu kurz, da besonders auch durch die Vorstandsarbeit für die Lebenshilfe die Wochenenden oft anderweitig verplant sind. Aber so geht es ja allen Stadtverordneten, Sachkundigen Bürgern und den vielen Ehrenamtlich unserer Stadt. Ein wenig verliebt oder eher verrückt in seine sich selbst auferlegten Aufgaben muss man wohl sein. Ganz wichtig ist dann natürlich die Unterstützung durch die Familie – und ich weiß sehr wohl, welche Lasten besonders meine Frau Doris schultern muss.

Für die HB fragte W. Müller

Was heißt eigentlich „Ehrenamt“?

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert

Manchmal sind Lexikoneinträge verräterisch: Unter dem Stichwort „Ehre“ liest man: „Anerkennung, innerer Wert“ und unter „Amt“: „fester Aufgabenkreis im Dienste anderer“. In der Zusammensetzung „Ehrenamt“ wird dann aber die „Unentgeltlichkeit“ des ausgeübten Amtes zum Bedeutungskern erklärt. Rein logisch müsste der Gegenbegriff „Schandamt“ lauten und bedeuten, dass man unverdienterweise viel Geld für die Ausübung seines nicht gemeinnützigen Amtes bekommt. In Wirklichkeit heißt der Gegenbegriff aber „Hauptamt“ und betont die nicht näher begründete Wichtigkeit des Amtes. Weniger wichtig ist das „Nebenamt“, aber bezahlt werden sie beide. Was kann man aus alledem schließen? Die Ehre wird als ein Luxusgut, aber ohne Geldwert, betrachtet. Das Wohlgefühl innerer Hochwertigkeit soll den ehrenamtlich Tätigen Anerkennung genug sein, aber zu wichtig sollen sie sich nicht nehmen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich persönlich übe meine Ehrenämter aus Lust und Überzeugung unentgeltlich aus. Aber was ist mit denen, die nicht das Glück haben, einem sinnvollen und ausreichend bezahlten Beruf nachzugehen und die ihrem Leben trotzdem durch nützliche Tätigkeit einen Sinn geben wollen? Und warum werden immer mehr nützliche Tätigkeiten ins Ehrenamt abgedrängt? Warum werden viele dringend benötigte Dienste am Mitmenschen für unbezahlbar erklärt, während Dienste am Geld mit astronomischen Summen belohnt werden? Man stelle sich vor, der Beruf des Bankers oder anderer Schmarotzer würde ins Ehrenamt verwiesen: Wie vielen ehrenamtlichen Helfern, z. B. im Pflege- oder Sozialdienst oder Sportbereich, könnte man dafür ein ordentliches Gehalt zahlen!

Dr. U. Sändig



Bilderrätsel

Die Zeit läuft!

Brandenburg an der Havel verfügt neben viel Wald und Wasser auch über eine interessante Geschichte. Schon 1929 feierte die ehemalige Chur- und Hauptstadt das 1.000-jährige Jubiläum der ersten Erwähnung.

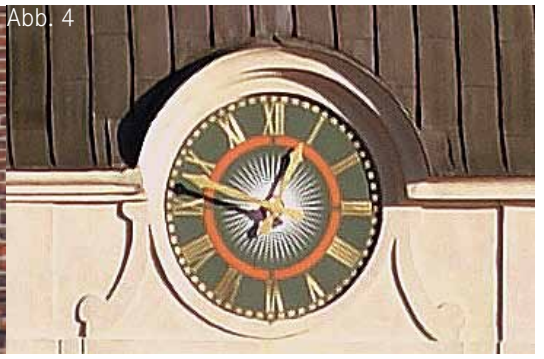
Noch heute schmücken die drei historischen Stadtteile eine Vielzahl von Baudenkmälern mit ihren wunderschönen Details. Wir wollen dieses Mal wissen, an welchen Bauten die schmucken Zifferblätter zu finden sind.


Abb. 1



Abb. 2


Abb. 3


Abb. 4

Welche der sechs Bauten stimmen mit einer der vier Abbildungen überein?

- **Altstädtisches Rathaus** **Abb.: .....**
- **Pfarrkirche in Plaue** **Abb.: .....**
- **St. Gotthardtkirche** **Abb.: .....**
- **St. Johanniskirche** **Abb.: .....**
- **Uhr auf dem Neustädtischen Markt** **Abb.: .....**
- **St. Katharinenkirche** **Abb.: .....**

Viel Spaß beim Raten und beim Spazieren durch Brandenburg an der Havel. Ihre Lösungen senden Sie bitte an: DIE LINKE Brandenburg/Havel, Redaktion „Havelbrandung“, 14770 Brandenburg/H., Altstädtischer Markt 2. Die besten drei Ratefüchse werden prämiert.

Auflösung des Bilderrätsels der vorigen Ausgabe: Wir suchten nach drei der fünf zukünftigen BUGA-Städte. Dazu schoss unser Fotograf die Bilder aus luftiger Höhe. Bild 1 zeigte die Havelstadt Rathenow. Auf Bild 2 war das Stadtzentrum von Havelberg zu sehen. Ein Blick über die Brandenburger Altstadt bis hin nach Brandenburg-Nord sahen wir auf Bild 3.

Bild 4 zeigte uns die drei über Brandenburg verteilten Figuren, die nach Ideen von Loriot gestaltet wurden. Wir fragten, wo genau die zwei Figuren, die nicht auf dem Altstädtischen Markt sitzen, zum Zeitpunkt der Aufnahmen zu finden sind. Der aufmerksame Leser wird wissen, dass der „Herr in weißem Hemd und schwarzer Hose“ vor dem Café Undine sitzt. Die anderen zwei hat unser Fotograf dazugemogelt. Die Figur mit dem nachempfundenen blauen Anzug sitzt in der Saison auf einer Bank an der Regattastrecke am Beetzsee. Seit dem Umbau der Uferzone am Salzhof hat die „Figur mit gelbem Hemd und grüner Hose“ ihren Platz an der Jahrtausendbrücke eingebüßt. Die Holzplastik ist irgendwo eingelagert. *W.Müller*

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

TRENNER
Bausanierung UG

Mauerwerkssägen und Injektagen
Maurer- und Putzarbeiten sowie Abdichtungen

Neuendorfer Straße 59 . 14770 Brandenburg an der Havel
Telefon 0 33 81 . 22 44 10 . **E-Mail** trennerbau@email.de

Was Wann Wo

JANUAR 2013:

08.01.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
09.01.	15.00 Uhr	Geschäftsf. Vorstand
14.01.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
16.01.	09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
16.01.	15.00 Uhr	AG Senioren
16.01.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
28.01.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
30.01.	16.00 Uhr	SVV

FEBRUAR 2013:

11.02.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
12.02.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
13.02.	15.00 Uhr	Geschäftsf. Vorstand
20.02.	09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
20.02.	15.00 Uhr	AG Senioren
20.02.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
25.02.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
27.02.	16.00 Uhr	SVV

MÄRZ 2013:

02.03.2013: Landesvertreter/-innenversammlung Aufstellung Landesliste Bundestagswahl

11.03.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
12.03.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
13.03.	15.00 Uhr	Geschäftsf. Vorstand
14.03.		**Regionalkonferenz Brandenburg, Potsdam, Havelland, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark**
20.03.	09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
20.03.	15.00 Uhr	AG Senioren
20.03.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
25.03.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
27.03.	16.00 Uhr	SVV

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN am Altstädtischer Markt 2 statt. Weitere aktuelle Termine unter www.dielinke-stadt-brb.de Änderungen & Ergänzungen vorbehalten.

Die Geschäftsstelle der LINKEN bleibt vom 20.12.2012 bis zum 01.01.2013 geschlossen.

IMPRESSUM: HAVELbrandung .
Die linke Zeitung für das Havelland und Brandenburg an der Havel . Ausgabe 03/2012 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. Lutz Krakau (BRB), Hendrik Öchsle (HVL) . E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus Auflage: 42.500 Stück. **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig (Text), Werner Müller (Bild), Lutz Krakau (Organisation). **Redaktionsmitglieder:** Daniel Herzog, Frank Hübner, Andreas Kutsche, Robert Scholz , Wilfried Weise, Petra Zimmerman. **Bildnachweise:** W. Müller (1, 1, 2, 2, 4, 4, 9, 11, 12, 12, 12,12), Rietschel (1), FDP Kreisverband Brandenburg a. d. H. (3), Petra Pau, Homepage (3), Cuba Si (5), Dr. K.-H. Kühnau, privat (6), S. Schwanke-Lück, privat (6), T. Bank, privat (6), I. Behrendt, privat (6), D. Golze, privat (7), A. Johlige (7), F. Hübner (7, 8), H. Öchsle (8), H. Petzold, privat (8), Karikatur, privat (10), Presseservice Rathenow (10), Karikatur T. Plassmann (11)
Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr; Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-stadt-brb.de